

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kartellgesetzgebung — Fernsehen — Kriegswirtschaftliche Amnestie

Anlässlich der Jahrestagung des Schweizerischen Gewerbeverbandes vom 21./22. Mai äußerte sich der Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Holenstein, zur *Kartellgesetzgebung*. Die Äußerung des Vertreters des Bundesrates verdient besondere Beachtung deswegen, weil es sich um eine erste grundsätzliche Stellungnahme von amtlicher Seite zu diesem Problem handelt. Aus den Darlegungen von Bundesrat Holenstein geht hervor, daß der Bundesrat in erster Linie die Erhebungen der Eidg. Preisbildungskommission über das schweizerische Kartellwesen abwarten will, bevor auf diesem Gebiete etwas vorgekehrt wird. Dieser Bericht soll, wie es heißt, nicht vor dem nächsten Frühjahr zu erwarten sein. Grundsätzlich führte der Vertreter des Bundesrates aus, es wäre falsch, die von den verschiedensten Wirtschaftsorganisationen, besonders auch im Gewerbe als Selbsthilfemaßnahmen zur Ordnung des Wettbewerbes abgeschlossenen Vereinbarungen einfach als schädlich und unzulässig zu verurteilen. Eine gewisse freiwillige Ordnung wirtschaftlicher Verhältnisse ist gerade in einem Staate, der den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit anerkennt, berechtigt, ja notwendig. Ausgehend von dieser Feststellung stellt sich für den Bundesrat das Problem so, daß eventuelle gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Boden des geltenden Kartellartikels der Bundesverfassung zu erfolgen haben. Offensichtlich betrachtet der Bundesrat diese verfassungsmäßige Grundlage als genügend. Es handelt sich dabei um *Art. 31 bis der Bundesverfassung*, welcher bestimmt:

Wenn das Gesamtinteresse es rechtfertigt, ist der Bund befugt, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften zu erlassen

d) gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen.

In diesem Artikel sind also Eingriffe in das Kartellrecht nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen vorzunehmen. Es wird hier zu prüfen sein, ob sich volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen entwickelt haben, die so schwerwiegend sind, daß sie einen Eingriff des Gesetzgebers rechtfertigen oder ob die Praxis der Gerichte auf Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften einen hinreichenden Schutz gegen allfällige schädliche Auswirkungen bietet. Aus den Ausführungen des Vertreters des Bundesrates geht jedenfalls hervor,

daß die Kartelle als grundsätzlich zulässig betrachtet werden. Die Stellungnahme des Bundesrates bedeutet demnach die *Ablehnung der «Volksinitiative gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht»*, welche, wie man weiß, ein Kartellverbot schlechthin verlangt.

Aus den Beratungen der Bundesversammlung in der Sommersession ist die Genehmigung des Bundesbeschlusses über die *Verlängerung und die Finanzierung des schweizerischen Fernsehversuchsbetriebes* hervorgegangen. Damit ist die Weiterführung des Fernsehens in der Schweiz bis Ende 1957 gesichert. Entsprechend dem Antrag des Bundesrates haben die beiden Kammern 6,6 Millionen Franken für die Programmgestaltung und für die technische Durchführung des Betriebes und die Erstellung neuer Anlagen zusammen 6,7 Millionen Franken bewilligt. Damit ist eine Subvention von 13,3 Millionen Franken erreicht. Die Kritik an dieser Vorlage kam freilich besonders im Nationalrat mit eindeutiger Schärfe zum Ausdruck. Insbesondere wurde geltend gemacht, das Parlament sei auch in diesem Falle wieder durch die Verwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt worden, was insofern zutrifft, als nicht nur eine eventuelle Ablehnung der Vorlage, sondern sogar ihre Unterstellung unter den Referendumsvorbehalt einen offenbaren Notstand geschaffen hätte. Die nunmehr über 5000 Konzessionäre haben nämlich ihre Apparate und sonstigen Einrichtungen im Vertrauen auf eine Fortsetzung des Versuchsbetriebes angeschafft, und außerdem hat die Privatwirtschaft im Fernsehen nicht unbedeutende Investitionen getätigt. Es sind heute in dieser Branche bereits ca. 500 Gewerbebetriebe mit rund 5 Millionen Franken engagiert, während 10 Industriefirmen, welche die Empfangsgeräte herstellen, über Einrichtungen im Werte von 2,5 Millionen Franken verfügen und zu Forschungszwecken etwa 2 Millionen Franken ausgegeben haben. Man begreift einigermassen den Standpunkt der Verwaltung, daß es unter diesen Umständen nicht angängig war, die Fortsetzung des Versuchsbetriebes für die in Aussicht genommenen 2½ Jahre in Frage zu stellen. Andererseits ist zu sagen, daß mit solchen Manipulationen das Malaise im Volk eher gefördert wird, jenes Malaise, das auf der Empfindung beruht, das Volk werde in seinen Rechten doch immer wieder übergangen. Es ist deshalb dringend notwendig, daß in der nun zur Verfügung stehenden Frist bis Ende 1957 eine einwandfreie Verfassungsgrundlage für das Fernsehen geschaffen wird, und dem betreffenden Artikel wird das Volk dannzumal seine Sanktion zu geben haben. Ebenso dringlich erscheint im weiteren das Postulat, daß der Fernsehbetrieb in Zukunft finanziell selbsttragend gestaltet werde.

Mit der Erledigung der beiden Bundesbeschlüsse betreffend die Gewährung einer *Teilamnestie für Höchstpreisüberschreitungen auf Heu und Emd und betreffend Höchstpreisüberschreitungen auf Schlachtschweinen* hat ein bedenkliches Kapitel staatlicher Intervention seinen Abschluß gefunden. Die betreffenden Vorschriften waren auf Grund besonderer Verhältnisse in den Jahren 1947 und 1948 erlassen worden, also in einem Zeitpunkt, als die Bewirtschaftungsmaßnahmen weitgehend aufgehoben waren. Es hat sich dabei gezeigt, daß sich Höchstpreisvorschriften ohne Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht durchführen lassen. Zu der betreffenden Zeit war ganz allgemein die Disziplin gegenüber kriegswirtschaftlichen Maßnahmen beträchtlich gelockert, und offensichtlich sind dann auch amtliche Stellen dieser Geistesverfassung weitgehend zum Opfer gefallen. So kam es, daß z. B. bei den Höchstpreisüberschreitungen auf Heu und Emd, die auf die Dürre des Jahres 1947 zurückzuführen waren, nur zwei Kantone, nämlich St. Gallen und

Obwalden, die Überschreitungen der Höchstpreise anmeldeten. Ferner kam es vor, daß Anzeigen beim Strafuntersuchungsdienst unbeachtet blieben. Auch haben die verschiedenen Gerichte die Verzeigten ganz verschieden beurteilt. So mußte bei den Beratungen im Parlament die Tatsache zugegeben werden, daß bei beiden Höchstpreismaßnahmen Fehler der Behörden sowohl beim Erlaß wie bei der Anwendung der Bestimmungen wie auch bei der Durchführung der Strafverfahren vorgekommen sind. Wollte man offensichtliche Ungerechtigkeiten ausmerzen, so blieb nichts anderes übrig, als der Amnestie, wie sie beantragt war, zuzustimmen. Der Vorgang läßt erkennen, wie problematisch sich wirtschaftliche Interventionen des Staates auswirken können, wenn sie nicht genügend überlegt und entsprechend wirksam ausgestaltet sind.

Bericht aus Paris

Die französisch-tunesische Verständigung

Das große Ereignis der letzten Zeit wird für Frankreich die Unterzeichnung der französisch-tunesischen Vereinbarung gewesen sein, durch welche eine politische Aktion höchster Ordnung beendet wurde, die sich um Schonung des Menschenlebens müht und auf Vertrauen erbaut ist. Es würde allerdings vieler Illusionen bedürfen, wenn man glauben wollte, das tunesische Volk werde sich damit begnügen, und daß Habib Bourguiba, dessen Rückkehr nach Tunis triumphal und sehr würdig war, nicht schon jetzt die erreichte Verständigung als das Vorspiel für die völlige Unabhängigkeit betrachte. Die Einheit der nordafrikanischen Territorien, auf die Frankreich mit Recht stolz sein konnte, ist gebrochen. Es ist vorauszusehen, daß diese durch wachsende Unruhen in Algerien verschärfte Lage in den nächsten Monaten als Vorwand für eine parlamentarische Offensive gegen das Kabinett Edgar Faure dienen wird, und der Führer in dieser Offensive Pierre Mendès-France sein wird.

In Tunis ist eine politische Revolution erfolgt. Die Männer welche sie veranlaßten, haben hinter sich eine Vergangenheit voller Unruhen, welche sie kaum zu einer konstruktiven Arbeit vorbereitet haben dürfte. Es handelt sich heute für die Führer des Neo-Destour nicht mehr darum, die Leidenschaften der Masse auszunützen, sondern ihr eine bessere Lebenslage und das Ende der Arbeitslosigkeit zu sichern. Und das ist eben eine ganz andere Sache!

Man muß gerechterweise Bourguiba zugestehen, daß seine Ausdauer gesiegt hat, und niemand ein Interesse daran hat, daß sein Plan unter demagogischem Druck zusammenbreche. Eine seiner ersten Erklärungen, die er bei seiner Ankunft in Tunis machte, tönt sehr beruhigend. Er sagte: «Nachdem unser Anrecht auf Anerkennung der Würde unseres Volkes befriedigt worden ist, tritt die Forderung nach Zusammenarbeit wieder in den ersten Rang. Wir wollen in Zusammenarbeit mit Frankreich einen modernen Staat aufbauen.» Das sind weise Worte. Die unsichere Lage der Regentschaft erlaubte ihm auch wirklich nicht, eine andere Sprache zu führen. Tunesien kann nicht leben ohne die finanzielle Stützung durch Frankreich. Es fehlt dem Land auch an genügend vorgebildetem einheimischem Kader (Beamtenstab). Die Pressekorrespondenten haben ihrerseits festgestellt, daß im ganzen Freudentaumel kein einziges beleidigendes Wort gegen Frankreich geäußert worden ist. Dies läßt darauf schließen, daß die Volksmenge gut im Zaum gehalten war und, trotz aller Aufstachelungs- und Haßpropaganda, das tunesische Volk im großen ganzen seinen alten Beschützern treu bleibt.

Habib Bourguiba ist sehr geschickt, indem er sich weigert, als extremer Fanatiker zu handeln. In der Regentschaft ist übrigens die Partie noch nicht zu Ende gespielt. Salah ben Youssef, der Mann der «Arabischen Stimme», wird sicher bald zurückkehren, und man muß befürchten, daß eine gefährliche Rivalität zwischen den beiden Vorkämpfern entsteht, obgleich sie vorgeben, für die gleiche Sache einzustehen. In einer seiner an das tunesische Volk gerichteten, von Radio Kairo übertragenen Botschaften hat Ben Youssef folgende Drohung ausgesprochen: «Keiner hat das Recht, auch wenn er noch so hoch gestellt ist, die Ziele und die Zukunft des Landes vorauszubestimmen. Die Tatsache, daß man uns eine scheinbare innere Selbständigkeit beschert und uns in einer Union mit Frankreich verbinden will, ist unvereinbar mit unserer Religion, unserer Kultur und Rasse.» Das heißt also, daß das Schicksal von Tunesien noch unvollständig geordnet ist und in Nordafrika um so heftigere Rückwirkungen zu erwarten sind, als sich der arabische Nationalismus jetzt zum Heiligen Krieg entwickelt.

Frankreich steht also vor einem Problem von ganz allgemeiner Bedeutung und wird genötigt sein, eine Politik festzulegen, die alle seine Kolonien jenseits der Meere angeht, eine Politik, die das Unvermeidliche wird opfern müssen, um das Wichtigste behalten zu können.

Die Wirren in Algerien und Marokko

In Algier hat die Regierung, im Einverständnis mit Marschall Juin, wichtige militärische Maßnahmen ergriffen. Aber das Problem ist außerdem ein wirtschaftliches und ein soziales. Die Bevölkerung wächst dort jedes Jahr um 250 000 Seelen, d. h. jeden Tag um ein Dorf von 600 Einwohnern. Im Bezirk von Constantine allein sind etwa 500 000 Männer ohne Arbeit oder im Streik. Es wäre ganz vergeblich, die rücksichtslose Unterdrückung der Rebellen weiter zu verfolgen, wenn man nicht gleichzeitig ein wirtschaftliches und soziales Reformprogramm einführen wollte, das für die Eingeborenen günstig und ihren Bedürfnissen entgegenkommend ist. Aber was verlangen heute die algerischen Nationalisten? Sie verlangen für 9 Millionen Mohammedaner (gegenüber einer Million Europäer) eine ihrer Zahl entsprechende politische Vertretung. Sie verlangen ferner ein Programm der landwirtschaftlichen Entwicklung, das in annehmbarer Weise die Lage der Landbevölkerung verbessert, welche 80% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Es ist also vor allem ein humanitäres Programm: das Problem der Eingeborenen, die von Frankreich die Beseitigung der Herausforderung erwarten, die im Elend eines großen Teiles der Landbevölkerung liegt; das Problem der Fixbesoldeten, die scheinbar besser daran sind, von denen aber ein großer Teil unter sehr prekären Bedingungen in den Elendsvierteln leben muß, die eine wahre Plage der arabischen Städte bilden. In Algerien hat sich die gleiche Entwicklung angebahnt wie auch in andern Ländern: die Industrialisierung hat sich entwickelt, ohne daß gleichzeitig in genügender Weise für den materiellen Unterhalt der Arbeitermassen gesorgt worden wäre. Es besteht ein zu großer Unterschied im Rhythmus des reinen Bevölkerungszuwachses und des wirtschaftlichen Fortschrittes. Dadurch ist die heutige Krise entstanden. Die Aufgabe Frankreichs ist aber um so schwieriger, als gerade jene seine Bemühungen hintertreiben, welche Frankreich für diese Zustände verantwortlich machen.

Man hat allen Grund, die Frage zu stellen, ob die bewaffneten Banden, welche jetzt im Gebiete von Constantine und Aurès operieren, nicht teilweise aus ehemaligen algerischen Soldaten bestehen, die aus Vietnam zurückgekehrt sind. Wenn dem so wäre, dann würde es sich nicht nur um einen Widerstand von Tunesiern, Algeriern oder Marokkanern handeln, unterstützt durch die nationa-

listischen Kreise von Kairo, sondern um eine Bewegung, deren tiefste Ursache auf kommunistische Umtriebe in der ganzen Welt zurückzuführen ist. Die Synchronisierung der antifranzösischen Aktionen in den drei nordafrikanischen Ländern ist ja wirklich auffallend. Tunesien, Algerien und Marokko handeln wie kommunizierende Gefäße. Es ist auch bekannt, daß sich die nordafrikanischen Nationalisten, welche als Beobachter zu der Konferenz in Bandoeng zugelassen waren, als eine einheitliche Delegation gruppiert hatten. Das beweist doch klar, daß Frankreich es heute mit einer Generaloffensive zu tun hat, die deutliche internationale Verbindungen aufweist. Während in Algerien, das als ein integrierender Teil von Frankreich gilt, die Regierung entschlossen ist, gewaltige militärische Mittel einzusetzen, scheint sie sich dagegen in Marokko eher auf Verhandlungen einlassen zu wollen und zuzugestehen, daß sich die Frage der Dynastie wieder stellen ließe.

Auch wenn man die hervorragenden geistigen und moralischen Eigenschaften des gegenwärtigen Sultans nicht bezweifelt, muß man doch zugeben, daß es ihm nicht gelang, sein Volk zu einigen. Soll der in Madagaskar im Exil lebende Sidi Mohammed Ben Youssef wieder auf den Thron steigen? Dies ist kaum wahrscheinlich. Aber gewisse Leute glauben, daß die Frage der Dynastie gelöst werden könnte, wenn sich der ehemalige und der neue Sultan auf die Wahl eines Dritten einigen würden, eines jungen Prinzen, der mit einem Regentschaftsrat regieren würde. Aber dann ist zu befürchten, daß eine derartige Lösung von den großen Notabeln sehr schlecht aufgenommen würde, welche Frankreich treu blieben und Moulay Youssef absetzen ließen. Der Protest des Pascha von Marrakesch beweist dies. Andererseits warten die mit dem Istiglal verbundenen nationalistischen Banden auf ihre Stunde; sie haben auf den Kampf nicht verzichtet. Wir wissen, daß diese Gruppen in Frankreich bis in die höchsten Kreise antichambrieren; sie sind es, die bewußt das Werk der Befriedung behindern. Alles zwingt zur Annahme, daß sie ihre Taktik nicht ändern werden, solange das internationale Klima so bleibt wie es heute ist. Es überrascht ja nicht, daß der marokkanische Nationalismus von jenen Kreisen ermuntert und unterstützt wird, die darauf versessen sind, die westliche Solidarität in einem Gebiet zu zerstören, das die Atlantikpakt-Mächte mit Recht als eine ihrer wichtigsten strategischen Basen betrachten.

Die bedrohte europäische Einheit

In der Innenpolitik hat die teilweise Schwächung des europäischen Ideals die Krise der Radikalen Partei mitbewirkt. Diese Krise hat es Mendès-France ermöglicht, die tatsächliche Führung dieser Partei zu übernehmen. Alle, welche die gegenwärtige Zentrums-Koalition durch eine Linksmajorität, ein neues «Kartell» ersetzen möchten, setzen ihre Hoffnung auf den ehemaligen Ministerpräsidenten. Um zur Regierung zu gelangen und um zu regieren, wird dieses Kartell, falls es wirklich zustande kommt, genötigt sein, beim Zentrum Stützung zu suchen, womit wieder eine Mehrheit ähnlich der gegenwärtigen zustande käme, oder sie müßte bei der Linken Unterstützung suchen, d. h. die Partei der Kommunisten zur Teilnahme oder wenigstens zur Stützung auffordern. Daran wären natürlich die Sowjetfreunde stark interessiert, deren Motto lautet: «Keine Feinde zur Linken», und die mit sonderbarer Hartnäckigkeit Frankreich von seinen atlantischen Verbündeten trennen möchten, als bestände ihr Hauptinteresse darin, vor allem die Außenpolitik der UdSSR zu fördern. Diese maskierten Neutralisten, die immer gleich die geringsten «versöhnlichen» Gesten von Moskau verwerten möchten, sind in großer Gefahr, die Betroffenen zu werden. In dieser Hinsicht kann die Reise der Sowjetführer nach Belgrad als ein Erfolg dieser Politik gebucht werden, weil ja ihr Ziel erreicht wurde, nämlich die Stärkung des Neutralismus im Westblock, gemäß dem steten Wunsche Moskaus.

Die Lage der Kommunistischen Partei

Es wird aufs neue offenbar, daß die Diskussionen über die europäische Einigkeit und die deutsche Armee die Franzosen weit auseinander gebracht haben. Natürlich hat die Kommunistische Partei aus ihrer bei dieser Angelegenheit entfalteten Tätigkeit einen Vorteil ziehen können: ein Teil der Gegner der deutschen Wiederbewaffnung trat auf ihre Seite, und sie verstand es, jede russische Initiative zu ihrem Vorteil anzupreisen. Zum Glück sprechen aber die Zahlen. Die Verteilung der politischen Kräfte in Frankreich verträgt keine weitreichenden Veränderungen. Trotzdem scheint es, daß die Kommunistische Partei merklich an Tempo eingebüßt hat. Bei den letzten kantonalen Wahlen hatte sie in allen Kantonen Kandidaten aufgestellt; mancherorts hat sie ihre Fahne verleugnet und die Kandidaten mit der unbestimmten Etikette «Kandidaten der Verteidigung der Arbeiter und Bauern» präsentiert. Trotz dieser Vorsicht hat ihre Partei nur 21% der Stimmenden erreicht, gegen 23,5% im Jahre 1949. Der Rückgang beträgt also 2,5%. Sonderbar und symptomatisch für eine Partei, die sich proletarisch nennt, ist die Tatsache, daß sie zwar ihre Stellung in den ländlichen Gegenden halten kann, so in den Hautes-Alpes und der Mayenne; sie geht dagegen in den speziellen Arbeitergebieten zurück, im Norden, im Pas de Calais und sogar teilweise in der Seine et Oise. Im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Wahlen in Großbritannien eine starke Bremswirkung gegenüber dem Bevanismus und dem Neutralismus zeigen, zumal der Führer der linken Arbeiterpartei gerade hiefür so energisch eingetreten war, läßt sich eine Verhärtung der englischen Politik voraussehen. Das Konservative Kabinett scheint sich keinerlei Illusionen über eine noch so schlaue angepriesene wirkliche Entspannung gegenüber dem Osten zu machen. Die Annäherung zwischen Tito und Moskau würde übrigens genügen, um sie zu entkräften. Man hat keinen Grund, anzunehmen, der französische Wähler urteile anders, auch wenn er überzeugt ist, daß sich die westliche Diplomatie bemühen soll, die Konfliktsursachen zu beseitigen, welche aus dem Gegensatz zwischen Osten und Westen entstehen können.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Italien

Als im vergangenen Februar die Regierung Scelba auf ihren einjährigen Bestand zurückblicken konnte, veröffentlichte ein bekanntes Römer Witzblatt als Geburtstagsgabe eine Zeichnung, wo die Führer der vier Koalitionsparteien auf blumiger Wiese einen Ringelreihen tanzten, wobei aber jeder ein langes Mordmesser zwischen die Zähne geklemmt hatte und argwöhnisch seine Tanzpartner bemusterte. Gäbe es politische Karikaturpreise, so hätten wir für den Autoren die goldene Verdienstmedaille beantragt. Das war nämlich die Situation der italienischen Regierungsbündnis seit den Parlamentswahlen im Juni 1953, die bekanntlich dem demokratischen Lager nur eine ganz knappe Mehrheit gebracht hatten, die übrigens nur durch das enge Zusammentreten der Democrazia Cristiana, der katholischen Massenpartei, mit den ihr numerisch weit unterlegenen kleinen laizistischen Parteien der Liberalen, Republikaner und Sozialdemokraten zur Geltung gebracht werden konnte. Die Annahme der Gesetzesvorschläge hinsichtlich der landwirtschaftlichen Pachtverträge durch das italienische Parlament gegen die Stimmen der Liberalen, die darin mit vollem Recht eine unzulässige Beschränkung der durch das Grundgesetz garantierten Eigentumsrechte erblickten, leitete die Periode eines akuten Malaise ein, das monatelang die Innenpolitik überschattete und die Regierungstätigkeit weitgehend hemmte.

Die Wahl des neuen Staatspräsidenten

Zum offenen Ausbruch gelangte die Krise anlässlich der Wahl des neuen Staatsschefs im vergangenen April, nachdem die siebenjährige Amtszeit des hervorragenden Präsidenten Luigi Einaudi abgelaufen war. Symptomatisch für die allgemeine Konfusion der Geister war die Tatsache, daß sich die vier demokratischen Parteien nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Erst wenige Stunden vor dem feierlichen Wahlakt entschied sich die Parteileitung der Democrazia Cristiana für die Kandidatur des zwar parteilosen, doch gesinnungsmäßig liberalen Senatspräsidenten Merzagora aus Mailand, um den laizistischen Koalitionspartnern damit einen Gefallen zu erweisen. Bekanntlich kam es dann infolge des völligen Versagens der Stimmdisziplin in der demokratischen Massenpartei ganz anders, als man erwartet hatte: die opponierende «concentrazione», die unter Pella, Andreotti u. a. m. den rechten Flügel bildet, hintertrieb aus purem Widerspruchsgeist und Auflehnung gegen den ihr mißliebigen Ministerpräsidenten Scelba und den Parteisekretär Fanfani die Wahl Merzagoras. Durch diesen Schildbürgerstreich ermöglichte sie, kräftig unterstützt von den Marxisten, welche für die goldene Gelegenheit, einen Keil ins Koalitionslager zu treiben, natürlich höchst dankbar waren, die Wahl Giovanni Gronchis zum neuen Staatspräsidenten, der — Ironie des Geschehens — Fanfani mit seiner ausgeprägten Sozialgesinnung und Neigung für wirtschaftlichen Dirigismus viel näher steht als Merzagora. Diese offene Revolte hatte weitgehende Folgen. Das Ausland, vor allem Amerika, reagierte auf die durch die Linksoption ermöglichte Wahl Gronchis recht sauer. Man befürchtete im ersten Augenblick eine Abwendung der italienischen Außenpolitik von der seit Kriegsende vertretenen, westorientierten Richtung durch die eventuelle Aufnahme der Nenni-Sozialisten in die Regierung, die nach wie vor im Kielwasser der Kommunisten segelnd, Italien aus dem Atlantikpakt und der WEU lösen möchten. Mehrere Ereignisse der vergangenen Wochen haben aber die erste Schockwirkung der Präsidentenwahl weitgehend korrigiert.

Der neue Staatsschef, ganz gegen die Erwartungen der Marxisten selber, die ihren Unmut darüber denn auch nicht verhehlten, betrachtete die vom Ministerpräsidenten Scelba nach seiner Wahl angebotene Kabinettsdemission als rein formell und wies sie demzufolge zurück, so daß die Regierung im Amte blieb. Mitte Mai hielt der Regierungschef anlässlich eines Bauernkongresses in Rom eine starke Rede, worin er sich neuerdings mit Nachdruck zur bisherigen Viererkoalition bekannte und ausdrücklich eine «apertura a sinistra», d. h. ein Miteinbeziehen der Parteigänger Nennis in die Regierung, wie sie ihm aus seinen eigenen Reihen nahegelegt worden war, strikte ablehnte. Parallel zu dieser Stellungnahme gingen intensive Bemühungen Fanfanis, die havarierte Disziplin innerhalb seiner Partei wieder herzustellen.

Die sizilianischen Regionalwahlen

Gegen nicht unberechtigte Befürchtungen erlitten die Kommunisten einen Rückschlag, genau gleich wie die Neofaschisten auf dem äußersten rechten Flügel. Verstärkt gingen die Sozialisten und Monarchisten aus dem Wahlkampf hervor; doch die eigentlichen Sieger waren die Christlichdemokraten, deren Abgeordnetenzahl sich um mehr als 20% erhöhte. Gesamthaft betrachtet läßt sich der Wahlausgang als Konzentration auf die Mitte interpretieren, die in erster Linie der Democrazia Cristiana zugute kam. Die Sizilianer haben sich damit ein Zeugnis politischer Reife ausgestellt, die um so beachtlicher ist, als die Resultate des gigantischen Meliorationswerkes für den «Mezzogiorno» sich ja erst in den kommenden Jahren im vollen Umfange zeigen werden.

Die Rückwirkung in Rom ließ nicht auf sich warten. Nachdem sich Scelbas hartnäckige Bemühungen um eine «chiarificazione», d. h. Klärung der innenpolitischen Situation, monatelang ergebnislos hingezogen hatten, entschied sich Mitte Juni die Parteileitung der D. C. einstimmig für die Fortführung der Regierungskoalition auf der Grundlage eines von ihr festgelegten Minimalprogrammes. Auf die Dauer betrachtet, dürfte die Fortführung der demokratischen Viererkoalition mit partiellem Ministerwechsel auch für die Christlichdemokraten selber nur von Vorteil im Hinblick auf die Administrativwahlen im kommenden Jahr, und auf die weit wichtigeren Parlamentswahlen von 1958 sein. Wäre die D. C. für die Regierungsgeschäfte allein verantwortlich geblieben, so hätte sie sich zweifelsohne weit rascher abgenützt als im Zusammenwirken mit den andern demokratischen Parteien. Nachdem sie aber wohl noch lange der Grundpfeiler der Demokratie in Italien bleiben wird, haben auch laizistische Kreise alles Interesse daran, sie stark zu erhalten. Wenn sie ja nur etwas kräftiger aus den Juniwahlen vor zwei Jahren hervorgegangen wäre, so würde dem demokratischen Lager der Zwang zu den seitherigen Gleichgewichts-Eiertänzen erspart geblieben sein.

Rückgang der Kommunisten

Es besteht kein Zweifel, daß die Kommunisten in letzter Zeit an Zahl zurückgegangen sind. Die Stimmenverluste der marxistischen Gewerkschaft CGIL anlässlich der letzten Betriebsrätewahlen in Nord- und Mittelitalien reden eine deutliche Sprache. Eine ähnliche Lage zeichnet sich im Lager der bisher scharf links orientierten Halbpächter der Toskana ab. Die gegenwärtige Lieb-Kind-Politik Togliattis mag im strategischen Interesse Moskaus liegen, aber in Ländern mit temperamentvollen, ungeduldigen Bevölkerungen kann man Revolutionspläne nicht jahrelang ungestraft in den Eisschrank legen, wie das italienische Beispiel zeigt. Ganz besonders dann nicht, wenn einerseits das rote Mekka den Nimbus seiner granitenen Einigkeit und Unfehlbarkeit durch sehr menschliche Diadochenkämpfe und schmählische Canossagänge selber kompromittiert, und andererseits der Wohlstand der Bevölkerung sich Jahr um Jahr hebt wie bei unserem südlichen Nachbarvolk, und das westliche Lager militärisch und wirtschaftlich erstarkt. Die Schulbildung mag in Italien noch stark verbesserungsbedürftig sein; was aber politische Hellhörigkeit anbelangt, sind die Italiener bekanntlich sehr à jour! Ein Hauptverdienst an dieser Wendung kommt ohne Zweifel Ministerpräsident Scelba zu, unter dessen zielsicherer, standhafter und kluger Führung Italiens Stellung im Mächtekonzert sich zusehends verbessert.

Österreich und Jugoslawien

Im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen in den beiden Nachbarländern und auf die Wünschbarkeit einer amerikanischen Mithilfe an der Realisierung des sog. Vanoni-Planes ist eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Washington und Rom ein Gebot der Stunde. Die auch im demokratischen Lager Italiens festgestellte Genugtuung über den raschen Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich mit dem damit in nahe Zukunft gerückten Abzug russischer Truppen aus dem Nachbarstaate wurde durch zwei Umstände getrübt: die Verschlechterung der eigenen strategischen Lage und das Wiederaufleben des Streites um Südtirol. Unter dem bisherigen Besetzungsregime in Österreich war Italien über die Ost- und Westgrenzen mit dem demokratischen Kontinentaleuropa verbunden. Durch die im Staatsvertrage festgelegte Neutralisierung Wiens wird es mit einem Schlag zu einem

exponierten Vorwerke des Atlantikpaktlagers, mit einer einzigen, recht unsichern Landverbindung nach Frankreich, wie ein Blick auf die Karte nur allzu deutlich zeigt. Es liegt durchaus in der Linie militärpolitischer Logik, daß zum mindesten ein Teil der aus Österreich abzuziehenden amerikanischen Truppen in Italien verbleiben wird samt dem riesigen Nachschublager um den Ausladehafen Livorno. Diese veränderte militärische Lage berührt ja auch die Schweiz nachdrücklich, um so mehr, als ihre Neutralität nun in Moskau plötzlich «*gratissima*» geworden ist (1945 und seither war es anders!) und sie nolens volens nach dem Plane des Kremls Teilstück eines neutralen Gürtels quer durch Europa werden soll, der mit ihrer selbstgewählten Staatspolitik der unbedingten Unabhängigkeit nicht nur keinen innern Zusammenhang hat, sondern geradezu im Gegensatz zu ihr steht.

Zeitlich mit dem Abschluß des Staatsvertrages zusammen fällt eine recht unerquickliche Pressefehde zwischen österreichischen und deutschen Zeitungen einerseits und italienischen anderseits. Nördlich des Brenners beschuldigt man die italienischen Behörden, Geist und Buchstaben des im Jahre 1946 zwischen De Gasperi und Gruber abgeschlossenen Abkommens betreffend die Wahrung der kulturellen Rechte der deutschsprachigen Südtiroler systematisch zu verletzen. Übergriffe mögen vorgekommen sein, aber an eine vorsätzliche Eliminierung des deutschsprachigen Elementes glauben wir nicht. Aber ganz genau wie sich im Tessin die eidgenössische Freizügigkeit zu Gunsten des wirtschaftlich stärkeren ennetbirgischen Elementes auswirkte und noch auswirkt, so bedrängt mit umgekehrtem Vorzeichen der ökonomisch weit kräftigere Süden die germanische Minderheit des Südtirols. Auf eine Beschränkung der Freizügigkeit von Süd nach Nord zur Vermeidung einer progressiven Latinisierung gedenkt man sich in Rom nicht einzulassen, da ja den Südtirolern die Emigration nach dem Süden auch offen steht.

Weniger Eindruck als im übrigen demokratischen Europa hat der kürzliche sowjetrussische Belgrader Besuch mit seinen Abmachungen in Italien hinterlassen. Man belächelt hierzulande geradezu die Naivität gewisser Kreise, die von einem Verrate Titos sprechen. Für unsere südlichen Nachbarn stand Belgrad nie im westlichen Lager, und seine diplomatische und sonstige Wiederannäherung an Moskau liegt für Rom durchaus auf der Linie politischer Logik. Wenn auch unausgesprochen, sieht man heute ein, wie vernünftig die Regierung Scelba handelte, als sie das mit großen Opfern für Italien verbundene Abkommen über Triest guthieß, denn unter den heutigen Umständen hätten Amerika und Großbritannien voraussichtlich noch weniger aus Belgrad erhalten können.

Wirtschaftlicher Lichtblick

Das Staatsbudget sieht für das kommende Finanzjahr bei annähernd 2800 Mrd. Lire Ausgaben und 2460 Mrd. Lire Einnahmen zwar noch ein Defizit von ca. 340 Mrd. Lire vor, doch beträgt der Deckungskoeffizient nun beinahe 90%, eine bislang nie erreichte Quote. Interessant ist ein Vergleich mit dem letzten Vorkriegsbudget des damaligen faschistischen Italiens (in Prozenten):

	damals	heute
Ausgaben für Wirtschaft und Produktion	12%	22%
Sozialausgaben	4%	11%
Ausgaben für Unterricht	5%	10%
Zuwendungen an Regionen, Provinzen und Gemeinden	—	5%
Zinsendienst der Staatsanleihen	39%	24%
Militär- und Polizeiwesen	40%	28%
	<hr/> 100%	<hr/> 100%

Das *Bruttovolkseinkommen* wird für das vergangene Jahr auf 11.800 Mrd. Lire geschätzt, 7% höher als im Jahre 1953, was pro Kopf allerdings bloß ca. sfr. 1700.— ausmacht, gegenüber dem beinahe dreifachen Betrag in der Schweiz. Die Spareinlagen sind im selben Zeitraum um 600 Mrd. Lire angewachsen und betragen mit fast 6000 Mrd. das siebzigfache der Vorkriegszahlen. Die in amerikanischem Entwicklungstempo vor sich gehende Motorisierung durch Roller und Kleinautos und der jäh ansteigende Verkauf von Radio- und Fernsehapparaten, Eisschränken und Waschmaschinen bezeugt den steigenden Lebensstandard in ganz Italien. Die sprichwörtliche Bescheidenheit in der Lebensführung unseres südlichen Nachbarn erfährt allerdings einen kleinen Stoß, wenn aus den Statistiken hervorgeht, daß er für das Wohnen bloß 2,2% des durchschnittlichen Volkseinkommens ausgibt (blockierte Hausmieten!), dafür für Vergnügungen, Getränke und Tabak fast 18%.

Wesentlich gebessert hat sich die italienische *Handelsbilanz* im vergangenen Jahre: während die Einfuhr um eine Kleinigkeit auf 1500 Mrd. Lire zurückging, wies die Ausfuhr eine Steigerung um mehr als 8% auf 1023 Mrd. Lire auf, wodurch sich das Defizit von 567 Mrd. Lire im Jahre 1953 auf 477 Mrd. Lire im letzten Jahre senkte. So groß der Fehlbetrag auch immer noch ist — er findet in der monatlichen Weiterverschuldung von durchschnittlich 20—25 Mill. \$ bei der Europäischen Zahlungsunion sichtbaren Ausdruck —, so scheint die italienische *Zahlungsbilanz* im vergangenen Jahr sogar mit einem kleinen Plus abgeschlossen zu haben, allerdings unter Anrechnung der amerikanischen Wirtschaftshilfe, während sie 1953 noch mit 130 Mrd. Lire passiv war. An dieses über Erwarten günstige Resultat hat der für Italien nun wieder aktiv gewordene Seefrachtverkehr (seine Handelsflotte hat den Vorkriegsumfang bereits wieder überschritten, bei durchgehender Modernisierung des Schiffsparkes), sowie der enorme *Touristenstrom* von beinahe 91½ Millionen Besuchern (gegenüber «nur» 71½ Mill. im Jahre vorher) mit einem Bruttoerträgnis von 209 Mrd. Lire maßgebend beigetragen. Das laufende Jahr verspricht nach den Ergebnissen der ersten fünf Monate in diesem Sektor noch günstiger zu werden, während sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr leicht rückläufig sind.

Der industrielle Produktionsindex hat 1954 gegenüber dem Vorjahre um 7% zugenommen und ist auch seither weiterhin im Anstieg begriffen, trotz der auf manchen Gebieten zu konstatierenden Stagnation der Detailverkäufe.

Zum Abschluß möchten wir noch summarisch auf die Bedeutung des sog.

Vanoni-Planes

hinweisen, der durch die kürzlich erfolgte Entscheidung des OECE-Rates, ihn nach Kräften zu unterstützen, der Verwirklichung um ein gutes Stück näher gebracht worden ist. Die primäre Absicht des auch in der Schweiz bekannten Initianten gilt der Schaffung von ca. 4 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze, wodurch im Verlauf des kommenden Jahrzehnts die chronische, stets um die 2 Millionen herumpendelnde Arbeitslosenzahl, vermehrt um die Zahl der jährlich ca. 200 000 Arbeitsrekruten, verschwinden würde. Zur Finanzierung würde die jährliche Investitionsquote von ca. 15% des Nationaleinkommens dienen, das erwartungsgemäß im Jahre 1965 ungefähr 15 000 Milliarden Lire betragen sollte. Indem Vanoni sich auf die Annahme basiert, daß die italienische Bevölkerung den gegenwärtig recht bescheidenen Lebensstandard beibehält — bei einem de facto Preis- und Lohnstop —, glaubt er, daß im Zeitraum von zehn Jahren 20 000 bis 25 000 Milliarden Lire für Investitionen zur Verfügung stehen würden. Da aber eine Zwangs-Austerität in Italien nicht in Frage kommt, anderseits die italienische Bevölkerung ganz gewiß bei weiterer wirtschaftlicher Besserung ihre Konsumationsansprüche steigern wird, dürfte ein Gelingen des gigantischen Planes innerhalb der relativ

kurzen Zeit nur durch massive ausländische Finanzhilfe möglich sein. Durch die im Wurf befindliche Befreiung von restriktiven, die Kapitalzufuhr hemmenden Klauseln seiner Devisengesetzgebung will Italien dafür die notwendige Voraussetzung schaffen. Unserem anlagesuchenden Kapitalmarkt wird sich da ein großes Operationsgebiet eröffnen.

Große Hoffnungen setzt man in Italien auf weitere

Erdölfunde,

nachdem eine Probebohrung in Apulien vielversprechende Ergebnisse gezeitigt hat; in Sizilien und Norditalien ist die Ausbeute ja bekanntlich in vollem Gange.

Peregrinus

Bericht aus Belgrad

Unter meisterhafter Regie der jugoslawischen Partei- und Staatsführung rollte Ende Mai vor den Augen der ganzen Welt das einwöchige Gastspiel der sowjetischen Regierungsdelegation ab, dem die mehr als hundert in Belgrad versammelten Journalisten und Bildreporter ursprünglich den grob vereinfachenden Titel «Canossagang der Kremlherrscher» oder «Heimholung des verlorenen Sohnes» geben wollten.

Das jugoslawische Doppelspiel

Schon die Eröffnungsszene auf dem Belgrader Flugplatz am Nachmittag des 26. Mai war voll dramatischer Spannung: Nach einer ausnehmend herzlichen Begrüßung schlug die freundliche Stimmung plötzlich um, als der Führer der sowjetischen Delegation, Chruschtschew, den jugoslawischen Staatsschef Marschall Tito als Genosse ansprach und in seiner Eigenschaft als höchster sowjetischer Parteifunktionär die Rehabilitierung des jugoslawischen Kommunismus auf plumpe Art in aller Öffentlichkeit vornahm. Nicht Chruschtschews Rede, sondern das abweisende Mienenspiel des Staatsschefs wurde beachtet. Nachdem bereits vor dem Besuch alle Mittel zur Beschwichtigung der mißtrauisch gewordenen westlichen Diplomaten verwendet wurden, um sie davon zu überzeugen, an der jugoslawischen Haltung dem Westen gegenüber werde sich nichts ändern, setzte nun eine Beeinflussung der westlichen Korrespondenten durch geeichte Parteijournalisten ein, welche die kargen amtlichen Communiqués durch vertrauliche Informationen bereitwilligst ergänzten. Und so erfuhr man, wie empört die jugoslawische Regierung über die «provokatorische» Rede Chruschtschews sei und Tito zu Beginn der Verhandlungen, die in äußerst kühler Atmosphäre verlaufen seien, eine scharfe Replik auf die Flugplatzrede verlesen habe. Wie könnte man an der Glaubwürdigkeit dieser «Indiskretionen» zweifeln, wenn noch andere «untrügliche» Hinweise hinzukamen, daß Jugoslawien keine Parteienvereinbarungen anstrebe: die Beflaggung der Hauptstadt war nicht so reich wie sonst bei Staatsbesuchen, und die Parteigebäude blieben ostentativ ohne Fahنشmuck, als ob es ausschließlich um Staatsbesprechungen ginge. Auch der Umstand, daß die Verhandlungen nicht wie üblich im Weißen Schloß, sondern im Haus der Garde in der Nähe des Konzertsaaes stattfanden, in dem der V. Kongreß der kommunistischen Partei Jugoslawiens am 28. Juli 1948 Titos Haltung im Streit mit Stalin nahezu einstimmig gebilligt hatte, wurde offiziös dahin interpretiert, daß von jugoslawischer Seite keine Versöhnung angestrebt werde.

Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien

Unter dem Einfluß der jugoslawischen Bagatellisierungskampagne wurde dann sogar der Deklaration beider Regierungen von westlicher Seite keine größere Bedeutung zugemessen. In den Ländern des sowjetischen Imperiums wurde aber dieses Dokument viel sorgfältiger gelesen. Besonders das Übereinkommen, «die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Organisationen beider Länder durch unmittelbaren Kontakt, durch Austausch sozialistischer Erfahrungen und freien Meinungs Austausch zu unterstützen und zu erleichtern», erregte im gesamten Ostblock Aufsehen, denn dort weiß man es und im Westen will man es anscheinend nicht wissen, daß die gesellschaftliche Organisation ersten Ranges die kommunistische Partei ist, während die übrigen «Massenorganisationen» nur ein von der KP abhängiges Schatten-dasein führen. Die Feststellung, daß «die Frage der inneren Ordnung, der Unterschiede im gesellschaftlichen System und der Unterschiede in den konkreten Entwicklungsformen des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der betreffenden Länder sind», bedeutet nichts weniger als die Anerkennung der Grundlehre des Titoismus, derzufolge es mehrere Wege zum Sozialismus gebe. Dies als einen großen Sieg Jugoslawiens über den Kominform zu feiern, wie es im Westen geschah, ist zumindest verfrüht, da der Blitzbesuch der sowjetischen Delegation in Sofia und Bukarest, wohin auch tschechische und ungarische KP-Führer befohlen wurden, vorerst jede Gefahr der Nutzenanwendung dieses neuen Lehrsatzes in bezug auf das volksdemokratische Vasallenverhältnis zu Moskau bannte. Die gegenwärtige Kremoligarchie verfügt ja über wirksame Druckmittel: die heutigen Statthalter Moskaus in den sieben europäischen Volksdemokratien sind ja meist im Zuge des Kampfes gegen die Titoisten zur Macht gelangt und könnten daher eines Tages in einem Atem mit «Berija, Abakumow und anderen» genannt werden, deren Machinationen Chruschtschew für den Bruch mit Tito verantwortlich machte. Außerdem besitzt die Sowjetunion im Warschauer Militärpakt, der zwei Wochen vorher als Gegengewicht zur NATO geschlossen wurde, ein machtvolles Instrument für die Niederdrückung eines jeden Widerstandes, der durch Nachahmung des nur Jugoslawien zugestandenen eigenen Weges entstehen könnte.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß man in Moskau, angesichts der tiefen ideologischen Krise, in die Stalin den Sowjetkommunismus gebracht hat, nicht geneigt wäre, die eine oder andere Einrichtung des Tito-Kommunismus zu übernehmen, wie z. B. die Verwaltung der Betriebe durch Arbeiterräte, die allerdings vom Verband der Kommunisten Jugoslawiens am Gängelband geführt werden, ohne daß die Arbeiterschaft die harte Hand der Partei direkt spürt. Der im Sommer 1953 in den Volksdemokratien beschrittene «Neue Weg» hatte manche frappante Ähnlichkeit mit dem Titoismus in der etwas großzügigeren Behandlung der Bauern, in der erhöhten Produktion von Verbrauchsgütern und im Vorschieben der «Nationalen Front». Von der Sowjetunion wurden dann auch die nach Kriegsende errichteten sowjetisch-rumänischen, beziehungsweise -ungarischen und -bulgarischen Gesellschaften aufgelöst, die von Jugoslawien immer wieder als Mittel der kolonialen Ausbeutung angeprangert wurden. Aber auch der isolierte jugoslawische Kommunismus geriet in eine Sackgasse, nachdem die Erneuerungsbestrebungen *Milovan Djilas'*, die letzten Endes auf eine Entmachtung der Staatspartei und die Herstellung eines parlamentarischen Regimes hinausgelaufen wären, verhindert worden waren. Zugleich wurde die Gefahr der Verwestlichung im Zuge der fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung immer größer.

Wirtschaftliches Debakel

Die mißliche wirtschaftliche Lage Jugoslawiens, die durch das völlige Versagen der Landwirtschaft leidet, trug weiterhin dazu bei, nach Auswegen zu suchen,

zumal die Hilfe der drei westlichen Großmächte von Jahr zu Jahr geringer wird. Das jugoslawische Handelspassivum vergrößert sich ständig infolge der Notwendigkeit, große Mengen von Lebensmitteln, die früher der Hauptausfuhrartikel waren, zu importieren. Drei Viertel der Dreimächtehilfe von rund 430 Mill. Dollar mußten für die Lebensmitteleinfuhr verwendet werden. Der Ausfall der vorjährigen Ernte führte zu inflationistischen Preissteigerungen: der Preis von Getreide und Getreideprodukten erhöhte sich im Laufe des vorigen Jahres um 40%, von Gemüse um 60% und von Kartoffeln um 20%. Fett war im letzten Winter wochenlang überhaupt nicht erhältlich. Die auf den Osthandel gesetzten Hoffnungen enttäuschten. Obwohl in den mit den Oststaaten für dieses Jahr erstmals wieder geschlossenen Handelsverträgen jugoslawische Exporte in Höhe von 45 Mill. Dollar vorgesehen waren, konnten in den ersten vier Monaten d. J. nur Waren für 5 Mill. Dollar ausgeführt werden. Aus dieser wirtschaftlichen Situation ist es verständlich, daß Tito neue Wege zur Überwindung der Krise suchte. Den durch die östliche Wirtschaftsblockade nach 1948 Jugoslawien zugefügten Schaden beziffert er auf mindestens 430 Mill. Dollar, was auffallenderweise ebenso viel ist wie die westliche Direkthilfe. Der Widerstand des für die Koordinierung der Ostblockwirtschaft zuständigen sowjetischen 1. Vizeministerpräsidenten *Mikojan* gegen diese Forderungen war jedoch bei den Belgrader Verhandlungen hartnäckig. Der kühle Rechner hatte ja bereits 1947 einer in Moskau weilenden jugoslawischen Handelsdelegation gegenüber kategorisch erklärt, er sei nicht dazu da, Geschenke zu machen, sondern Handel zu treiben. Marschall Tito verhehlte nicht seine Unzufriedenheit mit *Mikojan* und bedauerte beim Empfang im Weißen Schloß, daß dieser Armenier nahezu drei Jahrzehnte lang Handelsminister ist.

Außenpolitisches Hasardspiel

Im Zuge der sowjetischen diplomatischen Offensive erfolgte die Ankündigung der Belgrader Besprechungen unmittelbar auf die Einigung der vier Außenminister in Wien über den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages. Jugoslawische Minister deuteten in Gesprächen mit westlichen Diplomaten an, daß die Lösung der österreichischen Frage eigentlich ein Verdienst der jugoslawischen Regierung sei, die vor ihrer Zustimmung zu den Verhandlungen den Kreml gedrängt habe, einen konstruktiven Schritt zur Milderung der internationalen Spannung zu unternehmen. In Wirklichkeit dürfte sich Moskau zur Preisgabe Ostösterreichs erst dann entschlossen haben, nachdem es seines Erfolges in Belgrad sicher sein konnte. Wer hat aber eigentlich in Belgrad gesiegt? Die maßgeblichen westlichen Kreise sehen sich heute veranlaßt, die Belgrader Deklaration als einen Sieg Titos auszulegen, um nicht zugeben zu müssen, daß ihre Politik der bedingungslosen Unterstützung des jugoslawischen Kommunismus durch sieben Jahre hindurch gescheitert ist. Die sowjetische Partei- und Staatsführung hat zwar Tito Zugeständnisse einräumen und seinem Regime die ideologische Anerkennung zollen müssen, doch hat sie durch ihr Nachgeben mehr erreicht als die Westmächte seit 1948. Das Balkanpakt hat schon aus diesem Grunde an Bedeutung stark eingebüßt, weil es Moskau gelungen ist, Tito in ein recht zweifelhaftes Licht zu stellen. Die jugoslawische Regierung versucht gegenwärtig noch, ihre Bande zum Westen und zu den Balkanpaktpartnern — Griechenland und die Türkei — aufrechtzuerhalten, um nicht der dringend benötigten Hilfe des Westens verlustig zu gehen. Sie gibt vor, die sowjetischen Zugeständnisse nur im Interesse der internationalen Entspannung angenommen zu haben. Es steht jedoch fest, daß man Jugoslawien ideologisch bereits dem Ostblock zurechnen muß, so daß es als Bindeglied zwischen den NATO-Staaten im Mittelmeerraum weitgehend wertlos geworden ist.

Erdöl

Bericht aus Beirut

«Einhundertfünfzig Tanker in ‚Bündeln‘ von jeweils 30—40 Schiffen passieren täglich den Suezkanal in Richtung Europa», hatte uns vor wenigen Tagen der Beamte der Kanalverwaltung berichtet. Inzwischen haben wir in den Levantehäfen weitere Dutzende von Tankschiffen sich zur Übernahme des Rohöls drängen sehen, das zu diesen Endpunkten der Pipelines 700 km durch die Wüste gepumpt wird. Im Mittelmeer hatten wir angesichts des nicht abbreißenden Stromes von Tankern aller Nationen den Puls dieser Schlagader des Weltverkehrs zu spüren vermeint, durch die das Öl, das Herzblut der Luftwaffen, Flotten und Panzerdivisionen Westeuropas und die Antriebskraft für Millionen von Kraftfahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Bahnen zu den Raffinerien Europas fließt. Die Vorstellung, daß diese Schlagader von der Adria oder dem Schwarzen Meere her durchschnitten werden könnte, verdeutlichte uns die strategische Bedeutung der über Italien und Griechenland in die Türkei verlängerten Südflanke der NATO und der Einbeziehung Jugoslawiens durch den Balkanpakt in die Abschirmung des Mittelmeeres.

Während die USA in der glücklichen Lage sind, ihren gewaltigen Treibstoffbedarf aus den im eigenen Staate Texas und im benachbarten Venezuela erschlossenen ergiebigsten Erdölvorkommen der Erde zu decken, ist Westeuropa im wesentlichen auf die Ölquellen im arabischen Raume angewiesen. Der Transport des Rohöls mit seinen Abfallprodukten nach Europa und der Rückstrom der anderweitig nicht ausnutzbaren Leertonnage nach dem Orient erscheint unwirtschaftlich und hat u. a. zur Errichtung der großen Raffinerien von Abadan Anlaß gegeben. Aber inzwischen haben strategische Erwägungen wie wirtschaftspolitische Überlegungen, nicht zuletzt auch die gewagten Experimente Mossadeghs, mehr und mehr davon abkommen lassen, das Rohöl an seinen Gewinnungsorten zu verarbeiten. Statt dessen wächst in allen Ländern Westeuropas die Kapazität der Raffinerien. Wir sahen die weithin lodernden Fackeln ihrer Abgase an den Mündungen von Elbe und Weser, von Themse, Maas und Schelde und am Tajo die Nächte erhellen.

Auch jenseits des Eisernen Vorhanges stellt das Öl das Problem Nr. 1 der wirtschaftlichen Strategie dar. Zwar besitzt die Sowjetunion in ihrem europäischen wie im asiatischen Teil sehr große Erdölvorkommen, aber deren Erschließung steckt zum Teil noch in den Anfängen, jedenfalls bleibt die Zunahme der Förderung hinter dem sprunghaft wachsenden Verbrauch weit zurück. So reicht der gegenwärtige Ertrag der russischen Ölfelder, einschließlich der Ausbeute der rumänischen Quellen, mit schätzungsweise 60 Mill. t (gegenüber 550 Mill. in Amerika und 130 Mill. im Nahen Osten) bei Einschränkung des zivilen Verbrauches gerade aus, um den Friedensbedarf der Sowjetunion zu decken. In einem längeren Kriege würden — besonders durch die Anforderungen Rotchinas — auf dem Erdölsektor aller Voraussicht nach Schwierigkeiten eintreten. Es ist daher naheliegend, daß der sowjetische Generalstab die rasche Wegnahme der relativ nahe gelegenen persischen und arabischen Ölgebiete in seine Planungen für den Kriegsfall einbezogen hat, sowohl in der Absicht, sie der eigenen Kriegführung nutzbar zu machen, wie mit dem Ziele, sie der Verfügung des Gegners zu entziehen. Wenn letzteres gelänge, könnte sich Westeuropa rasch vor eine ernste Situation gestellt sehen.

Stabile politische Verhältnisse und klare strategische Fronten im Nahen Osten sind daher für die Westmächte von vitalem Interesse. Aber die Situation hier ist z. Zt. undurchsichtiger denn je. Es ist schwierig, sich über die Ursachen der Unruhe, von der die arabischen Länder nicht erst seit den Schüssen von Gaza und dem

türkisch-irakischen Militärbündnis erfaßt sind, ein zutreffendes Urteil zu bilden. Oberflächlicher Beobachtung möchte es scheinen, als ob sich hier in zufälligem zeitlichen Zusammentreffen Entwicklungen und Strömungen kreuzten, die ohne inneren Zusammenhang stehen. Aber Kenner des Nahen Ostens sind wohl nicht ohne einige Berechtigung der Ansicht, daß hinter der Mehrzahl dieser Vorgänge mittelbar oder unmittelbar das Erdöl als Treib- und Sprengstoff zu vermuten ist. Natürlich ist auch der arabische Raum als solcher ein Faktor weltpolitischen und strategischen Interesses, denn über diese Drehscheibe zwischen den drei alten Kontinenten führen die Land-, See- und Luftverbindungen der westlichen Welt zum Fernen Osten, nach Indien, Südafrika und Australien.

Zur Sicherung dieses Raumes haben die USA und England jahrelang vergeblich versucht, die arabischen Staaten in einem Verteidigungssystem zu vereinen. Schließlich ist es zu Beginn dieses Jahres der amerikanischen Diplomatie gelungen, wenigstens den Irak zu einem Militärbündnis mit der Türkei zu bewegen, und England ist diesem Pakt beigetreten, unter Auflösung eines vom Irak als lästig empfundenen früheren Vertrages. Damit sind die strategischen Schlüsselstellungen in der Türkei, dem Irak und in Pakistan — hier durch das türkisch-pakistanische Bündnis — zuverlässig gesichert. Sie werden luftstrategisch von dem unversenkbaren britischen Flugzeugträger Cyprien und von den großen amerikanischen und englischen Luftbasen in Libyen aus abgeschirmt.

Die heftige ägyptische Reaktion auf den türkisch-irakischen Vertrag ist noch nicht abgeklungen. Sie entspringt weniger der Erinnerung an die einstige osmanische Herrschaft, auch nicht so sehr der Enttäuschung darüber, daß nunmehr die arabische Front der «Bündnislosigkeit» gesprengt ist, als vielmehr der vom Prestigebedürfnis des jungen ägyptischen Staates diktierten Sorge, daß die Führung der arabischen Länder auf den mit westlicher Hilfe wirtschaftlich und militärisch erstarkenden Irak übergehen könnte. Auch die Rivalitäten zwischen der Türkei, Pakistan und Ägypten um die Führung in einem — freilich noch utopischen — «Islamistan» sind wohl nicht ganz gegenstandslos. Jedenfalls ist zunächst die Arabische Liga durch die Entscheidung des Irak zerbrochen, und niemand, außer Ägypten, wird ihr nachtrauern. Welche neuen Gruppierungen sich im Nahen Osten schließlich ergeben werden, ist noch nicht erkennbar. Auf der einen Seite übt das irakisch-türkische Bündnis auf Jordanien und vielleicht auch auf den wohlhabenden und hochentwickelten Libanon eine gewisse Anziehungskraft aus. Andererseits veranlassen dynastische Rivalitäten und Ressentiments aus der Türkenzeit Länder wie Syrien, Saudi-Arabien und den Jemen die Verbindung zu Ägypten, dem Gegenspieler des Irak und der Türkei, nicht abreißen zu lassen. Aber es sind auch andere Kombinationen denkbar, zumal die wirtschaftlichen Bindungen an die westlichen Großmächte die politischen Entscheidungen der einzelnen arabischen Staaten beeinflussen. Auch hierbei stehen die Ölintereessen im Vordergrund. Einig sind sich die Länder des Nahen Ostens, abgesehen von der Religion, nur im gemeinsamen Haß gegen das völlig isolierte Israel. Im übrigen gehört das Handeln und Verhandeln zur Atmosphäre des Orients, in dem auch die Politik ein Geschäft ist und zuweilen sogar ein sehr einträgliches, eine Überlegung, aus der sich auch die Anwesenheit von mancherlei Osteuropäern in Beirut, dem Umschlaghafen von Waren und Nachrichten, erklärt.

Wird es den amerikanischen und englischen Diplomaten, deren Interessen hier keineswegs immer gleichlaufen, gelingen, Ordnung in die arabische Unordnung zu bringen? Nachdenklich blickt der Reisende auf die lange Reihe der für Europa bestimmten Erdöltanker.

A. L. Ratcliffe